

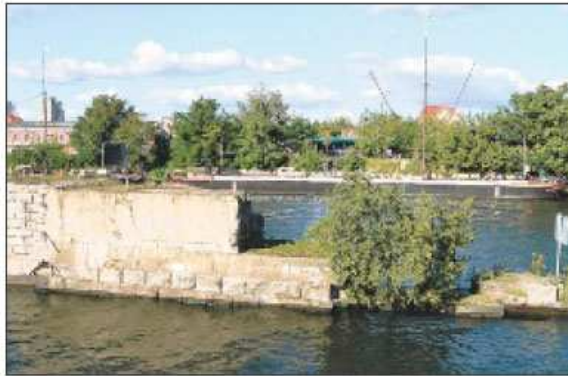
Um die Brommybrücke wird weiterhin gestritten

Bezirksverordnete zweifeln an eigenen Beschlüssen

Friedrichshain-Kreuzberg. Das Thema Brommybrücke bleibt weiter einer der Dauerbrenner der Bezirkspolitik. Vor allem deshalb, weil die Situation inzwischen ziemlich verfahren scheint.

Das wurde am Dienstag vergangener Woche bei einer gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungs- sowie des Umwelt- und Verkehrsausschusses noch einmal deutlich. Wie berichtet sollte die einstige Spreeverbindung zwischen Friedrichshain und Kreuzberg als Übergang für Fußgänger, Fahrräder und für den öffentlichen Nahverkehr wieder aufgebaut werden. So hatte es die BVV auf ihrer Sitzung im September mehrheitlich beschlossen. Doch diesen Plänen zeigte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die rote Karte. Geld gebe es nur, wenn über das Bauwerk auch Autos fahren dürfen. Auch eine Finanzierung durch Mittel aus dem Programm „Stadtumbau West“ sei nicht möglich, denn die benötigte Summe würde dort den Etat sprengen.

Wie aus dieser Sackgasse wieder herauszukommen ist, wurde auch bei der jüngsten Sitzung nicht klar. Umso mehr stürzten sich manche Rednerinnen und Redner auf die Aufarbeitung des Brücken-Dilemmas. „Der Bezirk hat sich hier



Dieser Rest eines Pfeilers ist von der alten Brommybrücke noch übrig. Wie ein neues Bauwerk über die Spree aussehen wird, ist derzeit ungewisser denn je.

Foto: Frey

vollkommen lächerlich gemacht“, fand etwa der Bürgerdeputierte Michael Breitkopf (DieLinke). Die Brücke sei erst vor zwei Jahren im Bereichsentwicklungsplan als Autoüberweg ausgewiesen worden. Noch im Jahr 2006 habe Friedrichshain-Kreuzberg eine Summe von mehr als 13 Millionen Euro für den Bau einer Fahrzeug-Verbindung beantragt. „Und dann folgte vor einem halben Jahr plötzlich eine Kehrtwende.“

Das Umschwenken sei vor allem ideologisch motiviert gewesen, sekundierte der Linke-Verordnete Dr. Thomas Römer. „Zuerst wird extra ein Gutachten in Auftrag gegeben, dass zu

dem Schluss kommt, eine Autobrücke wäre die optimale Lösung. Dann werden diese Ergebnisse einfach ignoriert.“ Einige Ausschussmitglieder fanden sich außerdem im Vorfeld der Entscheidung falsch informiert. „Ständig ist hier gesagt worden, dass das Geld auch kommt, wenn wir uns für eine Brücke ohne Autos entscheiden“, meinte Michael Schill (CDU). Sein SPD-Kollege Dimitrios Goumagias hatte das von Anfang an bezweifelt und fühlte sich jetzt bestätigt.

Bürgermeister Dr. Franz Schulz (B90/Grüne) verwies dagegen auf entsprechende Äußerungen von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Jun-

ge-Reyer (SPD). Die habe mehrere Male betont, dass der Bezirk über die Brücken-Variante allein entscheiden kann und dieses Votum dann akzeptiert werde. Die Grünen-Fraktion wiederum sah in der Senats-Absage auch einen zumindest aus ihrer Sicht positiven Aspekt. „Der Brief sagt ja nur, dass eine Verbindung mit öffentlichem Nahverkehr nicht finanziert wird. Er lässt aber offen, ob für eine Steglösung nicht Mittel aus dem Stadtumbau West-Programm verwendet werden können“, folgerte deren Verordneter Hans Panhoff. Für einen solchen Übergang nur für Fußgänger und Fahrräder hatte sich die Bündnispartei ohnehin stark gemacht. Sie war aber in der BVV von den anderen Fraktionen überstimmt worden. Auch der Ausschussvorsitzende Joachim Pempel (Linke) ließ auf Grund eigener Informationen durchblicken, dass eine solche abgespeckte Verbindung möglicherweise Gnade vor den Augen des Senats finden könnte. Dieses Geld würde dann aber wohl für andere geplante Stadtumbau-Projekte fehlen.

Genaueres weiß allerdings niemand. Deshalb wollen sich alle Fraktionen in den kommenden Wochen erst einmal um Aufklärung bemühen und das Thema dann erneut auf die Tagesordnung setzen. tf

Quelle: Berliner Woche, 28.11.2007